Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Ein Schicksalstag — Zur Tagung des zionistischen Aktionskomitees — Sicherung der öffentlichen Ordnung und Freiheit der politischen Betätigung in Preußen — Aus der jüdischen Welt — Gemeinden- und Vereins-Echo — Geschäftliches — Spenden-Ausweis

Nr. 31 **München, 29. Juli 1932** **19. Jahrgang**

Ein Schicksalstag

Am 31. d. M. wird in Deutschland der kommende Reichstag gewählt werden. Mit ungeheurer Spannung erwartet nicht nur die Bevölkerung des Reiches, sondern die gesamte Welt das Ergebnis dieser Wahl. Die derzeitigen Machthaber im Reiche und, durch die bekannten Vorgänge, auch in Preußen, haben vielmals betont, daß der weitere Kurs der deutschen Politik und auch ihr Verhalten von dem Resultate der Reichstagswahlen bestimmt sein werden. Es handelt sich also nicht nur um eine Wahl unter vielen in der letzten Zeit vorgekommenen Wahlhandlungen, sondern um einen wahren Volksentscheid und um eine letzte Befragung, wie sich das deutsche Volk den weiteren Fortgang der Politik denkt. Zieht man die im Jahre 1932 in Deutschland abgegebenen Wahlstimmen zum Vergleich heran, so ist zu vermuten, daß auch die Reichstagswahl, entsprechend den Ergebnissen beim zweiten Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten und den Wahlen für die einzelnen Landtage, ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Mandate mit sich bringen wird. Es kommt aber hierbei auf den Grad des Anwachsens der nationalsozialistischen Stimmenzahl an. Wird das Ergebnis dem nationalsozialistischen Erfolge bei der Reichspräsidentenwahl oder bei der Wahl für den Preußischen Landtag entsprechen, oder ihn sogar noch übertreffen, dann wird der Machtbeteiligung der Nationalsozialisten im Reich und in den Ländern, wenn nicht gerade der Machtübernahme, kein Damm entgegengesetzt werden können. Sollte jedoch bei der Wahl am 31. Juli die Sturmflut der nationalsozialistischen Sitmmenvermehrung einen, wenn auch nur geringen Rückgang zeigen, dann wird diese Erscheinung symptomatisch sein dafür, daß die Sintflut ihren höchsten Stand erreicht hat und nunmehr abzuebben beginnt. Es wird sich also um jede Stimme handeln, die bei den Wahlen abgegeben werden kann. Wie die Dinge heute liegen, halten einander die zwei großen politischen Lager, die Faschisten und die Republikaner, die Waage. Die kommunistische Partei, zwischen beiden Lagern stehend, wird von den derzeitigen Inhabern der Gewalt im staatspolitischen Sinn als nicht entscheidend angesehen. Aus der Tatsache, daß rechts und links für sich allein nicht genügend Kraft haben, um das gegnerische Lager niederzuhalten, leitet das gegenwärtige Regime für sich das moralische Recht ab, gestützt auf die Machtmittel des Staates, das Heft in der Hand zu behalten und solange am Ruder zu bleiben, bis sich nicht eine klare Mehrheitsbildung ergeben hat. Wenn nun die Reichstagswahlen an dieser Sachlage nur sehr wenig ändern, kann man damit rechnen, daß das gegenwärtige Provisorium von langer Dauer sein wird. Wie man sich zur Regierung Papen-Schleicher als Bürger dieses Staates, als Anhänger einer bestimmten politischen Auffassung stellen soll, ist eine Frage, die außerhalb des Rahmens einer jüdischen Zeitung, die sich in erster Linie verpflichtet fühlt, für jüdische Interessen einzutreten, fällt. Als Juden muß es uns jedoch klar sein, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Regierung Papen-Schleicher gegenüber einer möglichen Regierung Hitler-Strasser das kleinere Übel ist. Darum, wir scheuen uns nicht, es als Realpolitiker unbeschadet aller Nebenempfindungen und unbeschadet der Tatsache, daß die Regierung Papen-Schleicher weitgehend unter dem Einfluss der Nationalsozialisten steht, es auszusprechen, haben wir im Augenblick das größte Interesse, daß diese Regierung nicht durch ein Regime Hitler abgelöst werde. Darauf folgt, daß keine jüdische Stimme irgendeiner Richtung zugute kommen darf, die direkt oder indirekt den Nationalsozialisten in ihrem Streben, zur Macht zu gelangen, nützen könnte. Wir wissen ganz genau, daß die gegenwärtig das Heft in der Hand haltenden Männer im Reiche und in Preußen allzu sehr geneigt sind, Gedankengängen nachzugehen, die aus der nationalsozialistischen Küche stammen. Eines aber ist anzunehmen, nämlich, daß sich die derzeitigen Machthaber davor hüten werden, die Buchstaben der Gleichberechtigung zu verrücken. Darum sind sie uns, wohl oder übel, genehmer als ein offenes nationalsozialistisches Regime, welches, da ihm Erfolge auf wirtschafts- und außenpolitischem Gebiete versagt beiben müssen, allzu leicht geneigt sein wird, sich Lorbeeren auf dem dritten und gefühlsmässig ersten Hauptgebiet seiner Vorstellungswelt im Kampfe gegen die Juden zu holen. Man mag natürlich darüber klagen, daß es so weit gekommen ist, eine Regierung, die die Nationalsozialisten als stille Partner hat, als das kleinere Übel anzusehen. Wir hatten und haben aber nicht die Macht, diese Verhältnisse zu ändern. Die Tatsachen sind stärker als wir, und darum muß das vorläufige Ziel unserer Bestrebungen sein, daß sich die Verhältnisse nicht noch zum Schlimmeren wenden.

Wenn man die Dinge so betrachtet, dann bleibt für den jüdischen Wähler unter allen Parteien, die sich um Stimmen bewerben, nur eine ganz kleine Kollektion, unter der er zu wählen vermag. Hierbei muß er sich vor Augen halten, daß mit seiner Stimmenabgabe der größte Nutzeffekt erzielt werde. Die vorangegangenen Wahlen haben in dieser Hinsicht den deutschen Wählern böse Enttäuschungen gebracht. Bei der Wahl zum Preußischen

Landtag sind Hunderttausende republikanischer Stimmen verloren gegangen. Bei den Reichstagswahlen darf sich dieser Vorgang nicht wiederholen. Nur aus dieser Erwägung heraus vermögen wir den jüdischen Wählern nicht zu empfehlen, ihre Stimmen der Staatspartei zu geben. Es bleiben somit nur noch zwei Parteien, die Sozialdemokratie und das Zentrum. Wir brauchen nicht zu betonen, daß die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nicht den geringsten Anlaß hat, sich mit der Sozialdemokratie zu identifizieren, oder gar zu glauben, daß sie jemals auch nur zu einem erheblichen Bruchteile in den Reihen des Zentrums eine in jeder Hinsicht entsprechende Stätte finden könnte. Die jüdische Gemeinschaft hat allen Anlaß, sich sowohl von der sozial scharf charakterisierten Sozialdemokratie, wie auch von dem katholischen Zentrum zu distanzieren. Unter den gegebenen Umständen aber sind es jedoch einzig und allein diese Parteien, die praktisch-politisch für den jüdischen Wähler in Frage kommen. Aus diesem Grunde muß den jüdischen Wählern ausdrücklich abgeraten werden, der kommunistischen Partei auch nur eine einzige Stimme zuzuführen. Wenn wir diese Empfehlung ergehen lassen, so geschieht das nicht, weil wir irgendwie gegen den Kommunismus und die kommunistische Partei uns aussprechen möchten. Die kommunistische Partei ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, programmatisch absolut nicht antisemitisch. Ihr soziales und wirtschaftliches Programm mag manchen Juden sogar durchaus annehmbar und sympatisch erscheinen. Trotzdem kann ein jüdischer Wähler in Deutschland in der gegenwärtigen Stunde, wo der Judenpunkt leider im Vordergrunde der politischen Kämpfe steht, nicht ohne weiteres seinen persönlichen Neigungen folgen, sondern er muß in erster Linie darauf bedacht sein, sein jüdisches Interesse in den Vordergrund zu rücken. Dieses aktuelle jüdische Interesse legt ihm die zwingende Verpflichtung auf, alles zu tun, um bei den praktisch-politischen Entscheidungen der nächsten Wochen und Monate nach seinen Kräften dazu beizutragen, daß Hitler von der Macht ferngehalten werde. Man dient am besten dieser Absicht, wenn man bei der Wahl am Sonntag als Jude entweder für die Sozialdemokratie oder für das Zentrum seine Stimme abgibt. Daß keine jüdische Stimme einer antisemitischen Partei oder einer Richtung, die mit Antisemiten in Listenverbindung steht, zufallen darf, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. h. c.

Zur Tagung des zionistischen Aktionskomitees

Am 28. Juli beginnt in London die Tagung des Aktionskomitees, welches seit dem letzten Kongreß in Basel zum ersten Male zusammentritt. Wohl begreiflich, daß dieser Tagung eine Fülle von Fragen harrt. Wenn auch seit dem Kongreß die Lage in Erez Israel in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sich stark konsolidiert, ja sogar wesentlich gebessert hat, wird sich das Aktionskomitee mit dem aktuellsten Problem unserer gegenwärtigen Politik, dem French-Bericht, eingehender als sonst beschäftigen müssen.

Aus dem bisher bekannten Teil des French-Berichtes, soweit sie trotz dem Dickicht der Geheimnistuerei seitens der palästinensisch-britischen Administration in die Öffentlichkeit durchsickern konnten, spricht deutlich die antijüdische Tendenz gegen jede weitere Entwicklung unseres Aufbauwerkes in Erez Israel.

Das Aktionskomitee wird auf Grund des sachlichen Gegenberichtes der von der Jewish Agency eingesetzten Sachverständigenkommission in der Lage sein, nicht nur den sachgemäßen Standpunkt des aufbauenden Palästinas kennen zu lernen, sondern auch ein einmütiges Urteil abgeben zu können.

Das Aktionskomitee ist ungeachtet aller beschwichtigenden Erklärungen verpflichtet, in vollem Ernste und in aller Offenheit die Ergebnisse des French-Berichtes zu erörtern und entsprechende Direktiven der Exekutive zu geben, die sowohl der Londoner Regierung als auch die ausführenden Organe der Mandatarmacht klipp und klar auf die Tatsache hinweisen sollen, daß der French-Bericht nebst den bisherigen diversen Weißbüchern nur geeignet ist, die Liquidation des jüdischen Palästina zu inaugurieren, was sicherlich vom jüdischen Volk nicht ruhig hingenommen werden könnte.

Im Zusammenhang mit dem French-Berichte müßte auch das Aktionskomitee die gewissen, gegen uns gerichteten Schikanierungen und „Praktiken" der Palästina-Administration eingehend erörtern und dementsprechend vorzunehmende Schritte in der Politik der Mandatarmacht gegenüber beschließen.

Eine nicht mindere Aufmerksamkeit wäre bei der Erörterung der politischen Lage, den sich gegenwärtig abspielenden Geschehnissen in der arabischen Welt, zuzuwenden. Die Kämpfe gegen den Wahabitenkönig Einfälle sinaitischer Beduinen über Transjordanien in den Hedjas, weisen auf eine gewisse Verbindung London—Mekka-Amman hin. Der Besuch Ibn Feisals in Rom scheint weitaus den Rahmen eines bloßen Höflichkeitsbesuches überschritten zu haben und dürfte auf die Beziehungen zwischen England und dem Wahabitenkönig recht störend eingewirkt haben. Die letzten Gerüchte, wonach England die Absicht habe, Akaba von Transjordanien abzutrennen und als Freihafen dem Colonial-Office zu unterstellen, die Delegierung des englischen Beamten Mr. Antonius durch den Emir Abdullah von Transjordanien, sowie dessen Bevollmächtigung durch den Jerusalemer Mufti Husseini wegen Verhandlungen zwecks lebenslänglicher Belassung seiner Stellung, können als gewisse Umorientierungsabsichten Englands Transjordanien gegenüber gewertet werden, die dem wachsamen politischen Auge unserer Exekutive nicht entgehen dürfen. Im Zusammenhang mit diesen politischen Geschehnissen wäre es schon an der Zeit, daß das A. C., das seit Jahr und Tag von unseren politischen Exponenten vernachlässigte Problem Transjordanien, dessen historische Verbundenheit mit Erez Israel erst vor kurzem Chaim Weizmann in der ihm so eigenen exakten Formulierung hervorgehoben hatte, behandelt.

Abgesehen von den rein politischen Fragen wird das A. C. in den Vordergrund seiner Beratungen Fragen unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik zu stellen haben.

Diesmal gilt es vor allem nebst der Behandlung einer radikalen Erleichterung der jüdischen Einwanderung und der Intensivierung sowie des Ausbaues unserer nationalen Siedlungen, einen rationellen Plan einer umfassenden Mittelstandskolonisation und daher auch entsprechender Kapitalinvestitionen festzulegen.

Nebst der Erörterung unserer Außenpolitik und den Fragen unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik

obliegt diesmal dem A. C. eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, den Hauptteil seiner Beratungen unserer Innenpolitik zu widmen. Seit dem letzten Kongreß „wuchert" innerhalb unserer Organisation, wohl nicht zum Vorteile der Gesamtorganisation, die revisionistische Frage. Die Vorgänge auf dem letzten Kongreß selbst wiesen darauf hin, daß die Revisionisten statt „Revision" nur Destruktion zu üben beabsichtigen.

Der unglückselige Beschluß von Calais schuf geradezu unhaltbare Zustände. Die Exekutive hat es wohl vermieden, eigenmächtig aus diesem Beschluß organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Nun hat das A. C. das letzte Wort. Es ist daher anzunehmen, daß es mit aller Entschiedenheit den Beschluß von Calais, der an und für sich ein miserables Zwitterding darstellt, als unzionistisch entschiedenst zurückweisen wird.

Sogar innerhalb der revisionistischen Gruppe selbst werden Stimmen führender Männer laut, die sich gegen das „faule Kompromiß von Calais" auflehnen.

Das A. C. als oberste Instanz in kongreßlosen Jahren muß diesem jetzigen unmöglichen Zustande, wie er sich auf der Grundlage des Beschlusses von Calais herauskristallisiert hat, ein, wenn auch schmerzvolles Ende bereiten.

Wird das A. C. im Bewußtsein seiner zionistischen Verantwortlichkeit den Beschluß von Calais als zionistisch unzulässig ablehnen, dann — wir sind hiervon felsenfest überzeugt — werden die wirklich zionistisch denkenden Elemente der Revisionistischen Partei den Weg zur zionistischen Organisation zurückfinden und der destruktiven unzionistischen Arbeit des radikalen Flügels der Revisionistischen Union, der nach einer endgültigen Trennung von der Zionistischen Weltorganisation und nach einem Bruch mit der Mandatarmacht strebt, für ewige Zeiten Valet sagen. In diesem Falle steht den organisationsfähigen Revisionisten auf Grund der Organisationsverfassung noch immer der Weg ihrer Anerkennung als Föderation frei.

Der A.-C.-Mitglieder harren Tage mühe- und verantwortungsvoller Arbeit. Die zionistische Welt hegt die vollste Zuversicht, daß sie ihre Entscheidungen nur im Interesse der Organisation und Bewegung fassen werden. M. G.

Sicherung der öffentlichen Ordnung und Freiheit der politischen Betätigung in Preußen

Berlin, 24. Juli. (JTA.) Die „Jüdische Rundschau" befaßt sich in ihrer letzten Nummer in einem „Tage der Entscheidung" überschriebenen Leitartikel mit der Aktion der Reichsregierung gegen Preußen. Obwohl der Ausnahmezustand inzwischen wieder aufgehoben wurde, seien die interessanten Ausführungen der J. R. wiedergegeben. Diese erinnert in diesem Zusammenhang an die am 5. Juli von der JTA. veröffentlichte Erklärung, daß die neue Reichsregierung entschlossen sei, „im Sinne der vom Reichspräsidenten von Hindenburg ihr übertragenen Aufgabe die Verfassung strengstens zu handhaben und es nicht zuzulassen, daß die Gleichberechtigung des einen oder des anderen Teiles der Bürger angetastet und daß sonst von Staatswegen einer Klasse oder Religion mit Voreingenommenheit begegnet wird". In dem Artikel wird u. a. ausgeführt:

In seiner Rundfunkrede nach der Bestellung des Reichskommissars für Preußen und der Verhängung des Ausnahmezustandes über Berlin hat der Reichskanzler von Papen noch einmal feierlich die Absichten der Regierung dahin umrissen, daß Ausschreitungen aller Art verhindert werden sollen, daß jedoch die Regierung die freie politische Betätigung nur so weit einschränken wolle, als es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist, damit dem Volke die Austragung des Wahlkampfes ermöglicht werde. Es bleibt nun abzuwarten, was die neuen Herren in Preußen in den kommenden Tagen als „freie politische Betätigung" ansehen und was sie als „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" betrachten werden. Wir Juden sind auf die weitere Entwicklung nicht nur als Bürger dieses Landes, sondern auch als Juden sehr gespannt. Werden die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung und ihr Recht, die freie Meinungsäußerung zu beschränken, sich auch auf die maßlose ungezügelte Hetze der Nationalsozialisten und anderer antisemitischer Parteien gegen die Juden beziehen? Werden Aufsätze, wie sie in den letzten Tagen in einer ganzen Reihe von nationalsozialistischen Zeitungen erschienen sind, als freie politische Betätigung oder aber als beschlagnahmereife Störungen der Ruhe und Sicherheit behandelt werden?... Jeder Bürger empfindet den heißen Wunsch, daß es der Reichsregierung gelingen möge, Beruhigung zu schaffen und einer Gesundung der Verhältnisse die Wege zu bahnen. Als Juden erwarten wir überdies, daß die Regierung zu ihren auf die Juden bezüglichen Erklärungen treu steht und ihnen gemäß handelt, trotzdem sie sonst weitgehend von den Nationalsozialisten beeinflußt wird. Es wäre für uns eine schwere Enttäuschung, wenn in dem allgemeinen Bestreben, für Ruhe und Sicherheit zu sorgen, die Reichsregierung übersehen würde, daß die jüdische Gemeinschaft mit Recht schwer beunruhigt ist.

Aus der jüdischen Welt

Antisemitische Ausschreitungen in Sensburg (Ostpreußen)

Königsberg, 24. Juli. (JTA.) Am 21. Juli kam es in der ostpreußischen Ortschaft Sensburg im Anschluß an eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu schweren judenfeindlichen Ausschreitungen. Vor dem Gebäude des ehemaligen Kreishauses waren Nationalsozialisten und Kommunisten wegen der Rufe „Heil Hitler" und „Rot Front" in ein Handgemenge geraten, bei dem der kommunistische Arbeiter Hasenpusch den Nationalsozialisten Gralla durch einen Messerstich schwer verletzte. Hasenpusch flüchtete in den Laden des jüdischen Kaufmanns Leppkowitz und von dort durch den Hinterausgang in seine Wohnung, wo er verhaftet wurde.

Obwohl die Verhaftung Hasenpuschs bekannt geworden war, zogen die Hitleristen, unter denen sich viele SA-Leute in Uniform befanden, gegen 2 Uhr vor das Haus Leppkowitz' und drangen unter dem Rufe „Das jüdische Packzeug hat den Mörder begünstigt" in den Laden ein, mißhandelten den christlichen Angestellten Ernst Dworrak und verletzten den Neffen des Geschäftsinhabers, Kurt Leppkowitz, erheblich am Hinterkopf. Als Täter wurde der frühere Ortsgruppenleiter der SA in Sensburg, Kirm, sowie die SA-Leute Zimmermann und Heinrich ermittelt. Sodann zog die Menge vor die Läden der jüdischen Firmen Gustav Bülow Nachf., Pasch, Alexander, Klein, Moses, Abraham und Sondland, erzwangen deren Schließung und

drückten in einzelnen Läden Fensterscheiben ein. Jüdische Passanten, unter ihnen einige ältere Damen, wurden von den Demonstranten schwer bedroht. Den Kaufleuten und Angestellten, die die Nationalsozialisten vor den Folgen ihres Vorgehens warnten, erklärten diese, die Polizei habe jetzt nichts mehr zu sagen, nur mehr sie selbst, die Nationalsozialisten, hätten etwas zu sagen. Am nächsten Morgen erhielten sämtliche jüdischen Kaufleute von Sensburg anonyme Drohbriefe.

Dank den behördlichen Maßnahmen ist Ruhe und Ordnung in Sensburg wieder vollkommen hergestellt.

Überfall auf jüdischen Bürger in Waldenburg

Berlin, 22. Juli. (JTA.) Aus Waldenburg in Schlesien wird gemeldet:

Am Montag, dem 18. Juli, abends, wurde der jüdische Kaufmann Wollmann aus Breslau auf dem Wege zum Bahnhof von einer Horde Nationalsozialisten überfallen und so schwer am Kopfe verletzt, daß er besinnungslos in die Privatklinik des Dr. med. Bohm in Waldenburg eingeliefert werden mußte. Wollmann ist von den Nationalsozialisten mit den Worten: „Da kommt wieder so ein verfluchter Jude!“ angegriffen worden, ohne daß er das geringste getan hat, um seine Angreifer zu reizen.

Mißhandlung jüdischer Passanten in Köln

Köln, 24. Juli. (JTA.) Das „Kölner Jüdische Wochenblatt vom 23. Juli berichtet über einen Überfall von Nationalsozialisten auf einen jungen jüdischen Mann, wobei die Zeitung ausdrücklich hervorhebt, daß dieser Fall blos einen besonders üblen Roheitsakt unter einer ganzen Anzahl Mißhandlungen jüdischer Passanten darstellte.

Auf dem Rathenauplatz in Köln glaubten einige SA-Leute in einem jungen jüdischen Mann einen Kommunisten erkannt zu haben, der an einer Schlägerei der letzten Tage beteiligt war. In einer Wirtschaft an der Lindenstraße wurde der jüdische junge Mann entdeckt und sogleich stürzten sich 20 bis 30 SA-Leute auf ihn, mit vorgehaltenem Revolver wurde er davon abgehalten, das Überfallkommando zu alarmieren. Der junge Mann flüchtete durch eine Tür die Treppen des Hauses hinauf, wurde aber auf dem dritten Stockwerk eingeholt und unter furchtbaren Mißhandlungen und Schlägen die Treppen hinuntergeschleift. Die Nationalsozialisten schleppten den Schwerverwundeten auf das Rondell am Anfang der Roonstraße, wo sie ihn hilflos liegen ließen. Erst eine Polizeistreife konnte für ärztliche Hilfe sorgen. Der Zustand des Schwerverletzten ist besorgniserregend. Später haben die Täter zugegeben, an den Falschen geraten zu sein.

Sühne für den Tod des jüdischen Händlers Hopp

Berlin, 22. Juli. (JTA.) Das Schwurgericht in Schneidemühl verurteilte am 18. Juli den Händler Karl Schmidt aus Stegers, Kreis Schlochau, wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu drei Jahren Gefängnis. Der Angeklagte, der vor Gericht im braunen Hemd und hackenkreuzgeschmückt erschienen war, hat im Dezember vorigen Jahres, in Stegers den jüdischen Händler Hopp derart körperlich mißhandelt, daß er an den Folgen der Tat in Berlin verstarb. Der Angeklagte kümmerte sich als eifriger Nationalsozialist mehr um seine Partei als um seine eigenen Angelegenheiten. Sein Geschäft ging deshalb zurück, und sein jüdischer Konkurrent, dem von allen Seiten das beste Zeugnis ausgestellt wird, überflügelte ihn. Von da an verfolgte Schmidt den jüdischen Händler Hopp mit Denunziationen, üblen Nachreden und hämischen Bemerkungen. Als er ihn eines Tages auf der dunklen Dorfstraße allein traf, stellte er ihn heimtückisch unter vier Augen in einem Hausflur. Mit den Worten: „Habe ich dich, verfluchter Jude“, versetzte er ihm einen Schlag, der Hopp bewußtlos niederstreckte. Der Staatsanwalt bezeichnete die Tat als „undeutsch und ruchlos“. Das Gericht versagte Schmidt mildernde Umstände und kennzeichnete in der Urteilbegründung die Verwerflichkeit der Tat.

Anmeldungen zur Jüdischen Weltkonferenz in Zürich

Berlin, 21. Juli. (JTA.) Für die Jüdische Weltkonferenz, die am 14. August in Zürich beginnt, liegen, wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, bisher die folgenden Zusagen vor:

Aus Amerika werden etwa 30 Delegierte erwartet, unter ihnen 8 als Vertreter der zionistischen Organisation, die übrigen als Vertreter des American Jewish Congress und der ihm angeschlossenen Organisation.

Aus Polen kommen Vertreter der Gemeinden Warschau und Wilna. In Ost- und Westgalizien werden Konferenzen stattfinden, die von den Großgemeinden einberufen werden, um Delegierte zu bestimmen. Ferner sind aus Polen angemeldet Vertreter des Klubs der jüdischen Sejmdeputierten, des jüdischen Nationalrats, der Verbände der Kaufleute, der Kleinhändler und der Handwerker.

In Litauen und Lettland werden ebenfalls Landeskonferenzen die Wahl der Delegierten vornehmen. Aus Estland wird sich die autonome jüdische Kulturverwaltung an der Weltkonferenz beteiligen.

Aus Rumänien werden Vertreter der Jüdischen Partei der Landesteile an der Konferenz teilnehmen.

Aus der Tschechoslowakei liegen Zusagen der Jüdischen Partei, sowie des Gemeindeverbandes der Slowakei, „Jeschurun“, vor.

Aus Deutschland nehmen die Jüdische Volkspartei, der Reichsverband der ostjüdischen Organisationen, sowie einige andere Organisationen an der Konferenz teil.

Holland wird durch den Verband „Israel“ vertreten sein.

Aus England liegen Zusagen der Federation of Jewish relief Organisations, sowie der Großloge des U. O. B. B. vor.

Aus Frankreich wird das Comité des Délégations juives durch eine größere Delegation vertreten sein, ferner entsenden Delegierte die Féderation des Societé Juives de France, sowie Emigdirect.

Österreich wird durch die Jüdische Volkspartei, sowie die Jüdische Völkerbundliga vertreten sein.

Aus Finnland kommen Delegierte der Jüdischen Gemeinde Helsingfors.

Palästina wird vertreten durch eine Delegation des Waad Leumi, sowie der palästinensischen Großloge Bnei Brith.

Ferner werden Delegationen aus Jugoslavien,

Bulgarien, Spanien, Griechenland, Ägypten Belgien und der Schweiz teilnehmen.

Insgesamt werden 80 bis 100 Delegierte erwartet.

Die Rektoren aller Wiener Hochschulen fordern Verabschiedung des Rassestudentenrechts

Wien, 13. Juli. (JTA.) In einem Interview mit einem Mitarbeiter der Wiener Nationalsozialistischen Tageszeitung erklärte der Rektor der Hochschule für Bodenkultur Prof. Dr. Otto Porsch: „Die Rektoren aller Wiener Hochschulen werden alles daransetzen, damit die Studentenrechtsvorlage im Herbst vom Parlament verabschiedet werde. Die Überfüllung der Hochschulen mit fremdrassigen Elementen bedeutet eine ungeheure Gefahr für die Reinhaltung des deutschen Volkes. Es geht nicht an, daß Tausende Akademiker brotlos sind und alle Berufe durch Juden eingenommen werden."

Zu diesen antisemitischen Ausfällen eines Rektors, die in der Wiener Öffentlichkeit sensationell gewirkt haben, ist zu bemerken, daß die Hochschule für Bodenkultur fast judenrein ist, da unter den 2500 Hörern dieser Hochschule kaum 8 Juden sind.

Wiederum schwerer antisemitischer Überfall auf jüdische Sportler in Österreich

Wien, 11. Juli. (JTA.) Während eines Sportwettspiels zwischen der Schwimm-Sektion des Wiener jüdischen Sportklubs Hakoah und eines nichtjüdischen Schwimmklubs im Kampf um die österreichische Meisterschaft im Schwimmen, das im Donaustrom bei der niederösterreichischen Stadt Krems ausgetragen wird, überfielen Nationalsozialisten die jüdischen Teilnehmer an der Konkurrenz, auch die Damen, und schlugen rücksichtslos auf sie ein. Als die Hakoahner mit Hilfe der Polizei in Ausflugsautos flüchteten, verfolgten sie die Nationalsozialisten, demolierten die Automobile und schrien fortwährend: „Juden, macht euren Sport in Palästina, nicht in Deutschland!"

400 jüdische Arbeiter in der Nähe von Warschau verhaftet

Warschau, 19. Juli. (JTA.) Der Warschauer jüdische Arbeitersportverein veranstaltete einen mit einer Festlichkeit verbundenen Ausflug nach dem Mloczyn-Wäldchen, dessen Reinertrag zugunsten der politischen Häftlinge verwendet werden sollte. Am Vorabend wurde das Wäldchen plötzlich von einer großen Abteilung Polizei umzingelt und dann abgesucht. Sämtliche an der Festlichkeit teilnehmenden etwa 400 jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verhaftet und in Lastautos in die Polizeiabteilung des Rathauses gebracht. Wie es heißt, ging bei der Polizei eine Anzeige ein, daß es sich bei der Veranstaltung um eine Kommunistische Aktion handelt.

Bezalel-Schule in Jerusalem wird im September wieder eröffnet

Jerusalem, 17. Juli. (JTA.) Das Kuratorium der „Pro-Bezalel-Gesellschaft hat beschlossen, zu Beginn des kommenden Lehrjahres, im September d. J., die vor einigen Jahren wegen Mangels an Mitteln geschlossene Bezalel-Kunstschule wieder zu eröffnen. Dieser Beschluß hat in weiten Kreisen Palästinas große Zufriedenheit ausgelöst.

Arabischer Anspruch auf jüdischen Boden abgewiesen

Jerusalem, Juli. (JTA.) Das Gericht hat den von Arabern erhobenen Anspruch auf ein in jüdischen Händen befindliches Gebiet von 5000 Dunam in der Kolonie Heftziba in der Nähe von Hedera als unberechtigt zurückgewiesen und auch die arabischen Ansprüche auf Weide- und Abholzungsrechte auf diesem Boden nicht anerkannt.

Am 15. Juli erging das Gerichtsurteil betreffend arabische Ansprüche auf den Infiat-Boden.

In den genannten beiden Fällen begründen die Araber ihren Anspruch damit, daß ihre Väter und Vorväter ihr Vieh auf diesen Böden geweidet hatten.

Palästinensische Kriminalstatistik

Jerusalem, 22. Juli. (JTA.) Einer soeben veröffentlichten polizeilichen Statistik zufolge wurden im Jahre 1931 in Palästina 124 Morde begangen, von denen 110 Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen waren.

Handel und Industrie in Palästina

Jerusalem, 11. Juli. (JTA.) Die Jaffaer Handelskammer, die sich in Zukunft Handelskammer Jaffa-Tel-Awiw nennen wird, hat vor kurzem ihre Jahresversammlung abgehalten, in der ihr Vorsitzender, der Direktor der Anglo Palestine Bank, Hoofien, die wirtschaftlichen Ereignisse des Berichtsjahres besprach.

In den vergangenen sechs Monaten hat sich die wirtschaftliche Lage Palästinas weiter gebessert. Hierzu hat neben den guten für Orangen in der letzten Saison erzielten Preisen der Zufluß ausländischen Kapitals und der über Erwarten günstige Ausfall der Getreideernte in verschiedenen Teilen des Landes beigetragen, die dank der neuen Schutzzölle für Getreide auf den inländischen Märkten zu günstigen Preisen Absatz finden wird.

Auch die lokalen Industrien haben trotz der Weltkrise sowohl für den heimischen Bedarf wie für den Export ihre Produkte in erhöhtem Umfange abzusetzen vermocht und die Zahl ihrer Arbeitskräfte steigern können. Die im Zusammenhang mit der jüdischen Einwanderung in den letzten Jahren in Palästina entstandenen Industrien haben sich vielfach in der letzten Zeit so entwickelt, daß sie mit ihren Erzeugnissen an Stelle der bisherigen Einfuhr treten konnten. So hat die Einfuhr von Eisschränken aus dem Ausland aufgehört, da in Tel-Awiw sich vier Werkstätten mit der Herstellung von Eisschränken beschäftigen. Auch die für die Kühlräume und Eisschränke erforderlichen Korkwände werden in einer neuen Korkfabrik in Tel-Awiw hergestellt. Die Einfuhr von Biskuits nach Palästina ist von 20 000 Pfund Sterling auf etwa 5000 Pfund zurückgegangen, da alle billigeren Sorten jetzt hier hergestellt und im letzten Jahr sogar für 3000 Pfund in die umliegenden Länder ausgeführt werden konnten. Eine Strumpf- und Strickwarenfabrik in Tel-Awiw beschäftigt heute 175 Arbeiter und stellt monatlich etwa 10 000 Dutzend Strümpfe her, von denen etwa zwei Fünftel im Inland und der Rest in den Nachbarländern, insbesondere in Syrien verkauft werden.

Der Wert der Gesamteinfuhr Palästinas hat sich für 1931 auf 5 940 000 Pfund gegen 6 985 000 Pfund für 1930 gestellt. Hiervon gingen 3 056 000 Pfund durch den Jaffaer und 2 085 000 Pfund durch den Haifaer Hafen gegen 3 585 000 bzw. 2 401 000 Pfund im Vorjahre. Dem Tonnengehalt nach entfielen hiervon auf Jaffa 1 044 000 und auf Haifa 764 000.

* * *

Gemeinden- und Vereins-Echo

In der Ziehung der K.K.L.-Wertlotterie

am 10. Juli fiel der erste Haupttreffer auf Los Nr. 1059, der zweite auf Nr. 307, der dritte auf Nr. 1069, der vierte auf Nr. 749, der fünfte auf Nr. 596 und der sechste auf Nr. 1145. Die übrigen Gewinne können aus der Ziehungsliste ersehen werden, die im Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1, sowie in den bereits mehrfach veröffentlichten Vorverkaufsstellen aufliegen. Die Gewinne wollen bitte bis spätestens 1. August werktägig von 3—6 Uhr im Büro abgeholt werden, da sie sonst verfallen. Wir wünschen den glücklichen Gewinnern viel Vergnügen an ihren Preisen und möchten nicht verfehlen, auf diesem Wege allen denjenigen, die unsere Lotterie durch Gaben oder durch Loskauf unterstützt haben, nochmals unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Jüdischer Nationalfonds München.

Aus **Würzburg** wird uns geschrieben:

In den beiden rituellen Restaurants Würzburgs machte bisher der Jungzionistische Arbeitskreis durch Anschläge seine Veranstaltungen bekannt. In einem dieser Restaurants, in dem die Mitglieder der Würzburger K.-C.-Verbindung verkehren, wurde nun vor einigen Wochen eine solche Bekanntmachung mit Hakenkreuzen (!) beschmiert und zerrissen. Die Täter waren, wie Gäste des Restaurants bezeugen, K.-Cer. Darauf richtete der Jungzionistische Arbeitskreis einen höflichen Brief an das K.-C., in dem die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Leitung der Verbindung von diesem Streich ihrer jungen Bundesbrüder abrücken würde. Statt dieser Selbstverständlichkeit aber geschah folgendes: Die K.-Cer fangen den Inhaber des Restaurants, die Anschläge der Bekanntmachungen des Jungzionistischen Arbeitskreises in Zukunft zu verweigern mit der Drohung, das Lokal sonst zu boykottieren. Eine Antwort auf den eingeschriebenen Brief des Jungzionistischen Arbeitskreises kam zunächst nicht, nach 14 Tagen traf ein Schreiben mit folgendem Wortlaut ein:

An den Jungzionistischen Arbeitskreis Würzburg.

Wir bestätigen den Empfang ihres Briefes vom Juni.

Mit waffenstudentischem Gruß
Rheno palasia Verbindung im K.-C.

Diesem Bericht ist nicht viel hinzuzufügen.

Durch solche unweigerlich an gewisse Vorbilder erinnernde Methoden des Kampfes gegen den politischen Gegner, durch die Unkenntnis der primitivsten Anstandsformen haben sich diese jüdischen Akademiker selbst ihr Urteil gesprochen. Und welch grausame Selbstverhöhnung in dem, unter die Antwort gesetzten Gruß liegt, wird jeder ermessen, der von den Verhältnissen an den deutschen Hochschulen eine Ahnung hat.

Geschäftliches

Die „Universal-Methode

ist das moderne System zur Instandsetzung von Parkettböden. Die Parkettböden werden also nicht mehr wie früher mühsam mit Klingen mit der Hand abgezogen, sondern mit der neuen „Universal-Maschine, mit Spezial-Schleifpapier **abgeschliffen.** Das geht nicht nur wesentlich rascher als die Arbeit mit der Hand, sondern die Böden werden auch unvergleichlich schöner, glatt und tadellos eben, wie dies von Hand niemals erreicht werden kann. — Wer Fußböden mit der „Universal"-Maschine abschleifen läßt, wird nie mehr mit Ziehklingen abziehen lassen.

Das „Universal"-Institut in München (siehe Inserat) hat hier bereits über 25 000 qm Parkettböden abgeschliffen zur restlosen Zufriedenheit der Auftraggeber, worüber viele Zeugnisse vorliegen. — Besichtigung und Angebote unverbindlich und kostenlos durch das Institut.

Würzburger Nachrichten

Gastspielkapelle im CC-Wintergarten

Es war für die Direktion des Central-Cafés keine leichte Aufgabe, nach der so erfolgreichen Kapelle Fritz Aßmann, die am 1. d. M. Würzburg den Rükken gekehrt hat, eine Cafékapelle zu engagieren, die den Rahmen des bisher Gebotenen durchbricht, aber man muß gestehen: Bert Rez Law mit seinen neun Solisten ist bereits in den ersten Tagen seines Auftretens in Würzburg beliebt geworden. Am Samstag und Sonntag mußte das CC zeitweise gesperrt werden, weil das Café und der Wintergarten überfüllt waren. Bert Rez Law ist mit seinen Solisten so vielseitig, daß es kaum ein Instrument geben dürfte, das nicht gespielt und beherrscht wird. Dabei kommen entzückende Rezitationen, Melodrams und Abwechslungen zum Vortrag, die das Publikum zu endlosem Beifall hinreißen. Ohne Unterbrechung spielt die Kapelle, nur mit einer kurzen Pause und immer gibt es etwas Neues, etwas Lustiges, zwischen hin ein etwas musikalisch Dramatisches, man jubelt und bringt den Künstlern Ovationen dar, mit einem Wort: das Gastspiel der Rez Law ist für Würzburg bereits zu einer vielbesprochenen Sensation geworden. Wo überall die Kapelle bis jetzt aufgetreten ist, hat sie stürmischen Applaus und Beifall geerntet, sollte es da in Würzburg anders sein? Dabei ist zu beachten, daß es sich um eine deutsche Kapelle handelt und nicht um eine von drüben kommende Jazzbandkapelle, deren leider heute so viele die Welt bereisen und ihren deutschen Kollegen das Brot wegnehmen.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565,
Fernsprecher München 29 74 49, Nürnberg 21 9 12

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis Nr. 33
vom 19. bis 26. Juli 1932

Spendenbuch: Dr. Koschland und Frau und Liesel gratulieren ihrem Walter zum bestandenen Physikum 5.—; N. N. aus einem freudigen Anlaß 3.— = 8.—.

Richard Fraenkel s. A. Garten: Frau Nelly Fraenkel aus einem freudigen Anlaß 1 Baum 6.—.

Allgemeine Spenden: Erlös aus Tozereth Haarez 1.10.

Büchsen: Geleert durch Frl. Rahel Behrens (JPD). Justin Lichtenauer 2.25; H. Höchstädter 1.—; E. Bund 1.—; Frau Held 1.25; S. Adler —.60 = 6.10.

Geleert durch Jo. Straus, (JPD). L. Gittler 1.04; N. Gittler 2.10; Lisa Jacoby 2.—; Geschwister Goldstern 3.—; Fritz Rosenthal 1.02; M. Bogopolsky 4.50; Bernhard Lustig 5.—; Dr. E. Kretschmer 3.— = 21.66.

Geleert durch Heinz Michels (JPD). A. Gidal 1.20; Dr. J. Spanier 2.—; van Wien —.49 =3.69.

Geleert durch Mirjam Philipsohn. N. N. 1.—; Jetty Blau 1.— = 2.—.

Geleert durch Mark Lippert (JPD). D. Horn 1.—; Jul. Fröhlich 1.20; Geschwister Straus —.50 = 2.70.

Geleert durch N. N. S. Adler 3.78; N. N. 1.—; A. Fuchs 1.—; Os. Sass 1.—; 2 Bü unter 1.—, 1.15 = 7.93.

Geleert durch Max Traub. Adolf Misch 6.41; A. Frieser 1.—; Leo Netzer 1.07; Arn. Kohn 2.—; Paul Grünbaum 1.18; M. Brym 2.52; Frau E. Kalter 1.50; Dr. Willy Cohen 1.—; Frl. Falk 0.69 = 17.37.

Imi-Tasche: Gabriele Straus —.44.

Zusammen RM. 76.99.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1931 RM. 5337.20.

Die Telegramme des Jüdischen Nationalfonds sind jetzt auch in der Ewer-Buchhandlung zum verbilligten Preis RM. —.50 zu haben.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Büchsen unter 1 RM. nicht mehr namentlich ausgewiesen werden können.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

1932 Wochenkalender 5692

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	31	27	
Montag	August 1	28	
Dienstag	2	29	י״כ קטן
Mittwoch	3	Aw 1	ראש חדש
Donnerst.	4	2	
Freitag	5	3	
Samstag	6	4	דברים שבת חזון הפטרה חזון ישעיהו (Jer. 1, 1-27) (P. R. פרק ב׳)

Jüdischer Arbeitsnachweis

München, Herzog-Max-Str. 5/I • Tel. 92 8 83

Wir bitten sich bei Bedarf unseres Arbeitsnachweises zu bedienen. Gut empfohlene und bewährte Kräfte stehen zur Verfügung.

Wir führen nachstehend einige auf:

I. Büro- und Verkaufskräfte:

83. **Kontoristin,** mit guter Handschrift, erfahren in allen Büroarbeiten.
84. **Anwaltssekretärin,** 25 Jahre alt, selbständig und gewandt, mit allen einschlägigen Arbeiten aufs beste vertraut.
85. **Lageristin,** äußerst fleißig, sorgfältig und geschickt, übernimmt jede Arbeit.
86. **Kontoristin,** tüchtig und gewandt in Stenographie und Schreibmaschine, gute Kenntnisse in der amerikanischen Buchführung und französischen Sprache.
87. **Junge Verkäuferin** der Schuhbranche, zuverlässig und gewandt im Verkehr mit der Kundschaft.

II. Hausangestellte:

88. **Junges Mädchen,** gewandt im Kochen, sehr kinderlieb, in allen Hausarbeiten bewandert, mit guten Zeugnissen.

Verantwortlich für die Redaktion: Isa Emrich, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.